

## POLITISCHE BÜCHER

## BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

## Einblicke ins wirkliche Leben

## Die Lage osteuropäischer Pflegekräfte in Deutschland

Ihre Namen sind Magda, Dorota, Katia, Maria, Dominika und Renata. Es sind nicht ihre richtigen Namen. Doch jedes Pseudonym steht für eine Geschichte, aufgeschrieben von Barbara Städtler-Mach, der Mitherausgeberin des Bands, dargestellt in jeweils einem eigenen Kapitel. Schon die Aufteilung macht deutlich, dass Städtler-Mach und Helene Ignatzi, die zweite Herausgeberin, hier keinen rein wissenschaftlichen Sammelband vorlegen wollten. Fachaufsatz und persönlicher Bericht wechseln sich stetig ab, hier die Zahlen und die Theorien, da die Geschichten – der Anspruch dieses Bands ist eben auch ein erzählerischer. Es wird denn auch rasch deutlich, warum die Herausgeberinnen, ihres Zeichens Professorinnen an der Evangelischen Hochschule in Nürnberg, sich für diese Form der Darstellung entschieden haben: Das Sujet ist weit davon entfernt, als überforscht gelten zu können. Und weil so vieles im Verborgenen bleibt, ist es methodisch auch einigermaßen anspruchsvoll, überhaupt zu belastbaren Erkenntnissen zu gelangen.

Die Rede ist von der Situation osteuropäischer Betreuungskräfte, die – meist aus Polen stammend – zu Tausenden in deutschen Haushalten leben und sich, oft rund um die Uhr rufbereit, um Pflegebedürftige kümmern. „Grauer Markt Pflege“, so ist der Sammelband betitelt, und das Etikett trifft recht gut, was sich schon seit Jahren im deutschen Gesundheitswesen abspielt. Neben den zwei klassischen Säulen der Versorgung, der sogenannten stationären Altenpflege im Heim und der ambulanten Pflege durch professionelle Hilfsdienste zu Hause, hat sich längst eine dritte Säule etabliert: Helferinnen aus Osteuropa, die den Senioren im Alltag zur Seite stehen und ein Ausmaß an Begleitung leisten, das die gesetzlichen Pflegekassen offenkundig nicht immer abdecken. Fachleute, dies gibt der Band wieder, gehen von 700 000 Osteuropäerinnen aus, die in etwa 250 000 Haushalten arbeiten und den Schätzungen zufolge zu 90 Prozent illegal beschäftigt sind – zu Bedingungen also, die das deutsche Recht aus guten Gründen nicht toleriert. Dieser Umstand erklärt, warum es für Wissenschaftler so schwer ist, die Situation der Arbeiterinnen zu erforschen: Wer keinen offiziellen Status hat, wird kaum bereit sein, einem Wissenschaftler die Umstände der Beschäftigung genau zu skizzieren.

Um dem Leser mehr als nur ein durch wenige Zahlen illustriertes Gefühl für die Rolle der osteuropäischen Helferinnen zu vermitteln, lässt die Mitherausgeberin also sechs Beteiligte selbst zu Wort kommen – und beschreibt sie, ihre Hintergründe, Motivationen und Erfahrungen auf diese Weise genauer, als es eine Auswertung weniger qualitativer Leitfadentexte je könnte. Man muss den Band daher weniger daran messen, wie weit er die Wissenschaft voranbringt – das gelingt nämlich nur begrenzt –, sondern am selbstgesteckten Ziel: öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu erzeugen.

Dass in diesen Wochen mehr als sonst über polnische Pflegehelferinnen öffentlich gesprochen wird, steht außer Frage. Das hat aber weniger etwas mit dem kürzlich erschienenen Band zu tun, sondern vielmehr damit, dass die Corona-Krise und die damit verbundene vorübergehende Schließung der innereuropäischen Grenzen zwischenzeitlich dazu geführt hat, dass das in Rede stehende Versorgungsmodell zusammenbrach – weil die Helferinnen oft im Schichtbetrieb arbeiten und nach einigen Wochen abgelöst werden und dieser Austausch durch Corona unmöglich geworden ist. Der Band ging auf ein Symposium an der Evangelischen Hochschule Nürnberg zurück, an dessen Anschluss einige Wissenschaftler ein Forschungsnetzwerk gegründet haben.

Dass sich der Band an ein breiteres Publikum richtet als lediglich ein einige wenige Soziologen, Pflege- und Gesundheitswissenschaftler, zeigt auch die Herangehensweise der Fachbeiträge. Die Juristin Christine Haberstumpf-Münchow stellt – einem Einführungsvortrag gleich – die drei gängigen Beschäftigungsmodelle vor: Die Entsendung durch eine Agentur, die in der Praxis einige Probleme mit sich bringt, die aufwendig herzustellende Rolle von Angehörigen als regulären Arbeitgebern sowie die Selbstständigkeit der Helferin, die in der Praxis jedoch häufig eine Scheinselbstständigkeit sei. Die Juristin konstatiert einen rechtlichen Neuregelungsbedarf, da die bestehende Rechtslage für alle Beteiligten „nicht zufriedenstellend“ sei.

Wie schwer es ist, sich den Helferinnen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu nähern, zeigt der Beitrag zweier Wissenschaftlerinnen der Katholischen Hochschule Freiburg, Jasmin Kieckert und Nausikaa Schirilla, die Mitarbeiter ambulanter Pflegedienste befragt haben – diese sind per Gesetz verpflichtet, die zusätzliche Versorgung durch Laienhelferinnen regelmäßig zu überprüfen. Für diesen Aspekt standen den Forscherinnen zehn Leitfadentexte zur Verfügung, aus denen zwar hervorging, dass die professionellen Dienste in den Helferinnen meist keine Konkurrenz sehen, aber eben auch nicht allzu viel über sie wissen.

Mit den größten wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt in dem Band bietet der Aufsatz dreier Wissenschaftler von der Berufsakademie für Gesundheits- und Sozialwesen Saarland sowie der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Arne Petermann, Giorgio Jolly und Katharina Schrader. Sie haben die Daten von 255 befragten Helfern ausgewertet, fast alle waren weiblich, die meisten konnten einigermaßen Deutsch. Die Befragung zeigt die Schlagsseiten des Beschäftigungsmodells der sogenannten 24-Stunden-Hilfen: Viele hatten ein hohes Bedürfnis an Autonomie, aber längst nicht alle finden das in ihrem Alltag wieder. Gleichwohl fühlt sich eine Mehrheit fair behandelt. Dies, folgern die Autoren, stehe im Widerspruch zu den Kritikern, die von „menschenunwürdigen Zuständen sprechen und die Arbeitsverhältnisse teils grundsätzlich und unidifferenziert als unfair einstufen“.

KIM BJÖRN BECKER



Die helfende Hand: Hochwillkommen und unentbehrlich, aber die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sind hart.

Foto dpa

men – und beschreibt sie, ihre Hintergründe, Motivationen und Erfahrungen auf diese Weise genauer, als es eine Auswertung weniger qualitativer Leitfadentexte je könnte. Man muss den Band daher weniger daran messen, wie weit er die Wissenschaft voranbringt – das gelingt nämlich nur begrenzt –, sondern am selbstgesteckten Ziel: öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu erzeugen.

Dass in diesen Wochen mehr als sonst über polnische Pflegehelferinnen öffentlich gesprochen wird, steht außer Frage. Das hat aber weniger etwas mit dem kürzlich erschienenen Band zu tun, sondern vielmehr damit, dass die Corona-Krise und die damit verbundene vorübergehende Schließung der innereuropäischen Grenzen zwischenzeitlich dazu geführt hat, dass das in Rede stehende Versorgungsmodell zusammenbrach – weil die Helferinnen oft im Schichtbetrieb arbeiten und nach einigen Wochen abgelöst werden und dieser Austausch durch Corona unmöglich geworden ist. Der Band ging auf ein Symposium an der Evangelischen Hochschule Nürnberg zurück, an dessen Anschluss einige Wissenschaftler ein Forschungsnetzwerk gegründet haben.

Dass sich der Band an ein breiteres Publikum richtet als lediglich ein einige wenige

Soziologen, Pflege- und Gesundheitswissenschaftler, zeigt auch die Herangehensweise der Fachbeiträge. Die Juristin Christine Haberstumpf-Münchow stellt – einem Einführungsvortrag gleich – die drei gängigen Beschäftigungsmodelle vor: Die Entsendung durch eine Agentur, die in der Praxis einige Probleme mit sich bringt, die aufwendig herzustellende Rolle von Angehörigen als regulären Arbeitgebern sowie die Selbstständigkeit der Helferin, die in der Praxis jedoch häufig eine Scheinselbstständigkeit sei. Die Juristin konstatiert einen rechtlichen Neuregelungsbedarf, da die bestehende Rechtslage für alle Beteiligten „nicht zufriedenstellend“ sei.

Wie schwer es ist, sich den Helferinnen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu nähern, zeigt der Beitrag zweier Wissenschaftlerinnen der Katholischen Hochschule Freiburg, Jasmin Kieckert und Nausikaa Schirilla, die Mitarbeiter ambulanter Pflegedienste befragt haben – diese sind per Gesetz verpflichtet, die zusätzliche Versorgung durch Laienhelferinnen regelmäßig zu überprüfen. Für diesen Aspekt standen den Forscherinnen zehn Leitfadentexte zur Verfügung, aus denen zwar hervorging, dass die professionellen Dienste in den Helferinnen meist keine Konkurrenz sehen, aber eben auch nicht allzu viel über sie wissen.

Mit den größten wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt in dem Band bietet der Aufsatz dreier Wissenschaftler von der Berufsakademie für Gesundheits- und Sozialwesen Saarland sowie der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Arne Petermann, Giorgio Jolly und Katharina Schrader. Sie haben die Daten von 255 befragten Helfern ausgewertet, fast alle waren weiblich, die meisten konnten einigermaßen Deutsch. Die Befragung zeigt die Schlagsseiten des Beschäftigungsmodells der sogenannten 24-Stunden-Hilfen: Viele hatten ein hohes Bedürfnis an Autonomie, aber längst nicht alle finden das in ihrem Alltag wieder. Gleichwohl fühlt sich eine Mehrheit fair behandelt. Dies, folgern die Autoren, stehe im Widerspruch zu den Kritikern, die von „menschenunwürdigen Zuständen sprechen und die Arbeitsverhältnisse teils grundsätzlich und unidifferenziert als unfair einstufen“.

KIM BJÖRN BECKER



Barbara Städtler-Mach/  
Helene Ignatzi (Hrsg.):  
„Grauer Markt Pflege“.  
24-Stunden-Unterstützung  
durch osteuropäische  
Betreuungskräfte.  
Vandenhoeck & Ruprecht,  
Göttingen 2020.  
190 S., 23,- €.

## Freiheit – Gerechtigkeit – Selbstbestimmung

## Joshua Wong berichtet über die Nöte eines Demokraten in Hongkong

In „Unfree Speech“ berichtet Joshua Wong über seine Erlebnisse als Aktivist in Hongkong. Im Zentrum seines Kampfes stehen die Forderungen nach Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Wong hat in Abgrenzung zu radikaleren Forderungen nach Unabhängigkeit immer wieder das Recht auf Selbstbestimmung Hongkongs betont. Es geht ihm darum, dass die Bürger von Hongkong die Möglichkeit haben, über die Zukunft der Stadt selbst zu bestimmen.

Das ist auch Ziel der von Nathan Law und ihm 2016 gegründeten Partei. Allerdings hat die chinesische Zentralregierung diese Unterscheidung nicht übernommen. Im Gegenteil: Seit der Regenschirm-Bewegung werden die Aktivistinnen Hongkongs in einer Reihe mit den sogenannten Unabhängigkeitsbewegungen in Tibet, Xinjiang oder Taiwan gestellt. Folglich offenbaren die verschiedenen Etappen von Wong Zeit als Aktivist, wie sehr sich die Beziehung zwischen Hongkong und China mittlerweile verhärtet hat. Wong schildert detailliert die direkten und indirekten Einflussmethoden der Zentralregierung und ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben, die Verwaltung und die Rechtsprechung in Hongkong. Anhand seiner vielfältigen Erlebnisse mit den Hongkonger Behörden, besonders aber auch durch die Briefe während seines Gefängnisaufenthaltes im Jahr 2017, vermittelt Joshua Wong die Gefühle einer ganzen Generation, die in ihrem Kampf gegen einen übermächtigen Gegner zwischen Euphorie und (wachsener) Frustration gefangen wirkt.

Die Sonderverwaltungszone Hongkong der Volksrepublik China ist ein einzigartiges Gebilde in der Weltpolitik. Hongkong besitzt zwar keine politische Souveränität, dafür aber einen „hohen Grad an Autonomie“ (Artikel 2, Basic Law) gegenüber China. Bereits in der „Sino-British Joint De-

claration“ von 1984 wurde diese Konstruktion festgeschrieben. Sie sollte gewährleisten, dass Hongkongs kapitalistisches System nach der Übergabe an die VR China am 1. Juli 1997 für einen Zeitraum von 50 Jahren – also bis zum 30. Juni 2047 – weiterbestehen kann. Seit 1997 ist Hongkong somit offiziell ein Teil Chinas, in dem eingeschränkte demokratische Rechte gelten, die im „Basic Law“, der Hongkonger Mini-Verfassung, festgeschrieben sind. Dazu gehören auch Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit (Artikel 27). Aufgrund dieser spezifischen Umstände hat sich in Hongkong eine lebendige Protestkultur herausbilden können. Hongkong ist der einzige Ort auf chinesischem Territorium, an dem etwa regelmäßig Gedenkfeste zum Jahrestag der Tötungen auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 stattfinden oder Menschen für mehr Demokratie auf die Straße gehen. Seit 1997 thematisieren viele dieser Proteste konkret die politische Zukunft Hongkongs; es werden demokratische Reformen oder mehr Autonomie gegenüber der VR China gefordert.

Mit der Generation Joshua Wongs und dem Wechsel an der Spitze der chinesi-

schen Führung 2012 hat sich die Situation in und für Hongkong grundlegend verändert. Auf der einen Seite ein selbstbewusstes China unter Xi Jinping, das seinen eigenen Weg geht und mehr Interesse daran hat, die Welt an China anzudocken als andersherum. Unter Xi wird der eigene Aufstieg längst im Zusammenhang mit einer tiefgreifenden Veränderung des globalen Systems oder sogar einer Umgestaltung globaler Werte gesehen. Und wie Joshua Wong zeigt, bekommt auch Hongkong das immer mehr zu spüren. Auf der anderen Seite hat sich mit Joshua Wong und seinen Mitstreitern aber auch das Design der Hongkonger Proteste im Gegensatz zur traditionellen Protestkultur nachhaltig verändert. Sie sind nicht nur deutlich jünger, so beispielsweise die von Joshua Wong gegründete Schüleraktivistengruppe Scholars, die 2011/2012 erfolgreich gegen das neue obligatorische Schulfach „Moralische und Nationale Erziehung“ demonstrierte. Sie sind auch spontaner in ihren Aktionen, zum Beispiel durch Besetzungen von Regierungsgebäuden oder Straßenzügen. Sie sind online und online aktiv und haben sich im Laufe der Jahre im-

mer dezentraler organisiert. Den Höhepunkt hierfür stellen die Proteste gegen das Auslieferungsgesetz 2019 dar, in denen auch aufgrund der rechtlichen Verfolgungen, die Joshua Wong und seine Mitstreiter erleben, keine Anführer mehr benannt wurden und alle Aktionen von kleineren Gruppen spontan – oftmals begleitet von Online-Abstimmungen – durchgeführt wurden. Joshua Wongs Aktivismus ist weiterhin ein Beispiel für die Politisierung einer sehr jungen Generation von Protestierenden.

Dies ist für Hongkong insofern speziell, da gerade der Druck einer guten Ausbildung für diese Generation enorm ist. Ihr Leben ist oftmals absolut durchgetaktet. Daher sind die Abschnitte, in denen Joshua Wong Einblicke in sein eigenes familiäres Umfeld gibt, besonders aufschlussreich. Die Unterstützung seiner Eltern ist eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung seiner Persönlichkeit und für sein Wirken. Seine Erlebnisse verdeutlichen darüber hinaus, wie sehr sich seine eigene Rolle im Laufe der Jahre verändert hat. War er zu Beginn Initiator, Sprecher und während der Regenschirm-Bewegung wie vom Magazin „Time“ plakatiert das „Gesicht der Proteste“, erkennt und beschreibt Wong, dass sich seine Aufgabe entscheidend verändert hat. Dies wird besonders deutlich während der Proteste 2019, bei denen er auch aufgrund eines zweiten Gefängnisaufenthaltes von Mitte Mai bis Juni nicht mehr an vorderster Front kämpfte. Wong sieht seine Aufgabe vielmehr darin, die Sache Hongkongs in die Welt hinauszutragen und die internationale Gemeinschaft vor einem China zu warnen, das „gleichzeitig das mächtigste autokratische Regime und der größte Verbrauchermärkte der Welt ist, zur größten Bedrohung für die globale Demokratie wird (189)“. Von einem lokalen Schüler-Aktivist ist Joshua Wong heute zu einem Symbol für den globalen Kampf um Demokratie geworden. Wie er selbst treffend formuliert, hat seine Zeit als Aktivist gezeigt, dass „auch ein Einzelner etwas bewegen kann, gegen alle Widerstände“. „Unfree Speech“ steht für eine große Portion Mut und die Ansage an die Welt, dass es nie zu spät – oder zu früh – ist, für seine Überzeugungen zu kämpfen.

NADINE GODEHARDT



HERDER

JÖRG BREMER, früher Redakteur und Korrespondent dieser Zeitung, hat die Potsdamer Nachkriegschonik des Werner von Kieckebusch (1887–1975) ediert. In ihr deckt der einst bekannte Familienforscher die Zeit von den letzten Kämpfen im April 1945 über die drei Siegermächte bis zum Beginn der SED-Herrschaft in der sowjetischen Besatzungszone ab: Mord und Selbstmord, Verschleppung und Vergewaltigung, Hunger und Schwarzmarkt; die sowjetischen Besatzer und den nahtlosen Übergang von der nationalsozialistischen zur SED-Zensur. Der Ahn der Familie schreibt dabei privat. Sein ältester Sohn fiel. Nun bangt er um den verschollenen zweiten. Mit Hilfe seiner Tagebucheinträge hält er den Sohn lebendig. *Werner von Kieckebusch: „Ich traue dem Frieden nicht“. Leben zwischen zwei Diktaturen – Tagebücher 1945–1946. Herausgegeben von Jörg Bremer. Herder Verlag, Freiburg 2020. 336 S., 24,- €.*

## Florett statt Säbel

Zur fremden Feder „Liebe CDU, alles Gute zum Geburtstag“ (F.A.Z. vom 26. Juni): Wenn das kein Koalitionsangebot von den Grünen Annalena Baerbock und Robert Habeck für die nächste Legislaturperiode an die CDU war, „dann wes isch ett nitt“ (bin Rheinländer). Jetzt könnte man das als Rauschen im Blätterwald abtun, aber das ist es hier nicht.

Die Autorin und der Autor entbieten der CDU die Honneurs in einer sprachlich höchst unterhaltsamen Weise –

und inhaltlich mit dem Verweis auf Schnittmengen zwischen Grünen und CDU, die man wirklich nicht mehr übersehen kann. Hier adressiert die im Saft stehende Truppe der Grünen („kann vor Kraft kaum laufen“) das alte Schlachttross CDU („kann Krise“) in einer Art und Weise, zu der man dann nur sagen kann: Wie schön ist doch Politik, und wie schön kann Demokratie sein. Florett statt Säbel.

HEINER J. COENEN, GELSENKIRCHEN

## Wer hat Angst vor dem Steppenreiter?

Zu den Artikeln in der F.A.Z. über Trumps Abzugspläne: Trump mahnt die Mitgliedstaaten, mehr Verantwortung zu übernehmen. Drastisch erhöhte Wehretats sind die Folge – manche bezeichnen es auch als Wiederertüchtigung der eigenen Armeen, die kaputtgespart wurden. Sogar die eigene atomare Nachrüstung Europas wird diskutiert angesichts der militaristischen Politik Russlands. Trump poltert, und alle fassen sich an den leeren Revolvergürtel, nur um anschließend kräftig einzukaufen, um beim möglichen Duell mit dem russischen Steppenreiter wieder schussbereit zu sein. Putins Annexion der Krim, seine Infiltration der Ostukraine, Militäraktionen in Syrien oder die Zusammenarbeit mit dem iranischen Terrorregime sind das neue

Feindbild. Russland entwickelt ein militärstrategisches Konzept für „kleine Kriege“ an seinen westlichen Grenzen und schafft sich deshalb konventionell als auch atomar bestückbare Waffen an.

Wegen der schwachen Selbstverteidigung der baltischen Staaten oder Polens verlegt Trump nun Soldaten dorthin, um einem Angriff Putins und einer möglichen nuklearen Eskalation vorzubeugen: „Als Allererstes müssen wir unsere Fähigkeit stärken, jemandem auch tatsächlich auf die Fresse hauen zu können“, so Trump schon 2016 in seinem Manifest „Great Again!“.

JOACHIM KRETSCHMANN,  
VILLINGEN-SCHWENNINGEN

## Motivforschung betreiben

In Ihrem Bericht „So viele Kirchenaustritte wie noch nie“ (F.A.Z. vom 27. Juni) weisen Sie interessanterweise darauf hin, dass die Zahl der Austritte aus den beiden großen Kirchen 2019 mit mehr als einer halben Million Menschen einen Höchststand erreicht hat. Die beiden Volkskirchen wären gut beraten, wenn sie aufgrund dieser Zahlen einmal eine repräsentative, wissenschaftlich fundierte Motivforschung in Auftrag geben würden. Dann könnten sie wahrscheinlich erfahren, worin die Gründe der Abwanderung offensichtlich größerer Gesellschaftsschichten liegen.

Der Weihbischof einer deutschen Diözese hat während seiner Visitationen in einzelnen Gemeinden ausgetretene, ehemalige Kirchenmitglieder zu einem Gespräch eingeladen. Einer sagte zu ihm sinngemäß: „40 Jahre hat sich kein Vertreter der Kirche bei mir gemeldet. Kaum bin ich ausgetreten, lädt mich ein Weihbischof zu einem Gespräch ein.“ Vielleicht wäre das auch ein Weg, die Motivforschung begleitend zu unterstützen und gewinnbringend in eine Forschungsstudie einzufließen.

JOHANNES GEISTHARDT, LEHRTE

## Fragen des christlichen Glaubens

In „Das Virus als Wegmarke“ (F.A.Z. vom 25. Mai) beabsichtigt Landesbischof Bedford-Strohm zur Corona-Pandemie die Bedeutung des christlichen Glaubens zur Sprache zu bringen. Dazu stellt er fünf entscheidende Fragen: „Wo ist Gott in dieser Krise? Ist das Auftreten dieses gefährlichen Virus ein klares Indiz dafür, dass es keinen Gott gibt? Denn wie könnte der Schöpfer sein eigenes Werk zerstören? Oder... ist genau in diesem Virus Gottes Handeln zu sehen, mit dem er die Menschen zur Umkehr bringen will? Oder gibt es einen Gott, aber er kann schlicht nichts machen?“

Es sind Fragen, mit denen der christliche Glaube steht oder fällt. Die Antwort des Landesbischofs ist zunächst eine defensiv-grundsätzliche: Eine Haltung, die hier Gott zu erklären versucht, führe nicht weiter. Warum eigentlich nicht? Niemand habe Gott je gesehen, führt er unter Hinweis auf das Johannes-Evangelium (1,18) aus. Theologen erkennen in der Unsichtbarkeit und Verborgenheit des Schöpfers ein Charakteristikum Gottes, das im jüdischen und christlichen Monotheismus als Weisheit des Glaubens etabliert worden ist. Gott befindet sich jenseits aller Koordinaten und Sinnfelder des Lebens. Zeitlich und räumlich bleibt Gott in der menschlichen Vorstellung eine unerreichbare Macht – und in seiner Unsichtbarkeit gegenwärtig! Damit begeben sich Theologen auf das Feld hoher dialektischer Denkkunst.

Sie umgehen so das Problem der Rechtfertigung des weisen und allmächtigen Gottes angesichts des Bösen sowie der Übel in der Welt. Sie provozieren jedoch den Vernunftgedanken. Deshalb bedient Bedford-Strohm sich des bekannten offenbarungstheologischen Topos, dass Gott nur in Jesus Christus sichtbar werde. Folgt man diesem Gedanken, ist ab sofort von Jesus, dem Mann aus Nazareth und dem verkündigten Christus der christlichen Gemeinden aller Zeiten zu reden und ihm allein als Gegenstand des Glaubens alle Ehre zu geben.

Jedoch wie selbstverständlich verlässt der Landesbischof diese Verkündigungsstringenz, indem er Gott sogleich wieder mit der Corona-Pandemie in einen Kontext stellt. Von Gott, der die Welt aus Liebe geschaffen habe, ist die Rede, vom heilenden Handeln Gottes, dass Menschen Gott mitten in der Krise nahe seien. Gottes Geist kämpfe für seine Menschen. Gott genieße großes Vertrauen, das auch der Tod nicht zerstören könne. Frage: Könnten wir nicht ohne Rückgriff auf den unsichtbaren, verborgenen Gott das Glaubensgeschehen an dem Weisheitslehrer, Heiler, Nothelfer, Begleiter und Tröster Jesus, dem Genie des Herzens und der Hingabe (Goethe), festmachen? Denn kritischen und aufgeklärten Köpfen unserer Zeit ist mythologisch-christliche Gottesvorstellung nicht mehr vermittelbar.

DR. ULRICH VON DEN STEINEN, MÜHLHEIM AN DER RUHR

## Einheit vielfarbig erscheinender Menschheit

Am 23. Juni ist im Feuilleton der F.A.Z. ein Artikel des Frankfurter Philosophen Marcus Willaschek mit der Überschrift „Kant war ein Rassist“ erschienen. Es handelt sich dabei um ein „Glanzstück“ an selektiver Wahrnehmung. Von Kants explizitem Lehrstück über die Menschenrassen, einer nach heutigem Verständnis der Biologie zuzuordnenden Theorie, erfährt der Leser nichts. Er erfährt also nichts von der einheitsstiftenden Intention dieser Theorie, die dem sonstigen Universalismus Kants in keiner Weise widerspricht, sondern ihn unterstützt. Kant zeigt darin auf, dass die äußerliche Klassifizierung der Menschen nach Hautfarben nur dem Anschein nach Disparität und Entgegensetzung indiziert und dass ganz im Gegenteil von der Einheit der Menschheit als Abstammungsgemeinschaft auszugehen ist, in der die Glieder der Einteilung zweckmäßig und ohne Unterschied des Rangs aufeinander bezogen sind.

Stattdessen handelt der Beitrag fast ausschließlich von gewissen in der Tat vorurteilsbelasteten Meinungsbe-

dingungen Kants, die bedauerlicherweise den Zeitgeist hinsichtlich vermeintlicher Rangunterschiede reproduzieren, die aber der skizzierten Theorie ganz äußerlich sind, also keinesfalls aus ihr gefolgert werden können.

Es ist angesichts dessen weit überzogen, Kant, der sich bisweilen auch unterhalb des Niveaus seiner eigenen Theorie bewegte, in populistischer Manier den Stempel des Rassisten aufzudrücken. Ihn gar als theoretischen Wegbereiter der Rassenideologie zu betrachten wäre nicht nur ungerecht, sondern grundfalsch. Im Gegenteil lässt sich mit seiner These von der zweckmäßigen Einheit der auf vielfarbige Art erscheinenden Menschheit jeder Rassenideologie entgegenstellen, die einen Theorieanspruch vortäuscht. Kants Universalismus ist nicht bloß ein auf abstrakte Art ethischer oder erkenntnistheoretischer, sondern umfasst die Menschheit auch hinsichtlich ihrer vielfältigen physischen Erscheinungsformen.

PROFESSOR DR. BERND DÖRFLINGER,  
ESSENHEIM